



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2023

Inhaltsverzeichnis

I.	Vorbemerkung	3
II.	Zusammenfassung Deutschland	4
III.	Deutschland – Daten 2023	7
IV.	Zusammenfassung Länder	12
V.	Länder – Daten 2023	17
VI.	Tabellenverzeichnis	37

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Verteilerschlüssel gemäß § 1 Absatz 2 der Vergaberichtlinien (aktuelle Fassung unter <https://www.bundesstiftung-mutter-und-kind.de/bumuki/ueber-uns/vergaberichtlinien>) auf alle Länder verteilt. In jedem einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfängerinnen, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional zum Teil unterschiedlichen Lebensverhältnissen und auch auf Grundentscheidungen zur Frage, wie die Hilfen der Bundesstiftung im jeweiligen Bundesland verwendet werden sollen.

Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 22. November 2020 (BGBl. I S. 2466), und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung der letzten Änderung durch Beschluss des Stiftungsrates vom 17. November 2021, in Kraft getreten am 01. Juni 2022, geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger für den Berichtszeitraum vor. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragstellerinnen ebenso wie die der - positiv beschiedenen -

Hilfeempfängerinnen geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet, wieder.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2023 **692 989 Lebendgeburten**. Hiermit wurde ein Rückgang der Lebendurten um **6,21 %** im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet (738 819).

2023 war mit **121 403 Antragstellerinnen** eine Steigerung um 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Die Zahl der **Hilfeempfängerinnen** ging im Vergleich zum Vorjahr dennoch um 2,1 % auf **108 959** zurück. Die Bewilligungsquote ist damit im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozentpunkte auf 90 Prozent gesunken (Tabelle 1). Konkrete Gründe, weshalb es trotz steigender Antragszahlen zu einem Rückgang der Bewilligungen kam, können nicht angeführt werden.

Der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, betrug, ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten, in **2023 15,7 %**. Der Anteil erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,6 Prozentpunkte. In **2023** wurde damit nicht ganz jede **sechste Schwangere**¹ von der Bundesstiftung Mutter und Kind unterstützt.

Bei den Altersgruppen der Hilfeempfängerinnen gab es in 2022, wie bereits die Jahre zuvor, keine Veränderung. Der Anteil der **volljährigen Hilfeempfängerinnen** lag konstant bei **98 %** und die der **Minderjährigen** entsprechend bei nur **2 %** (Tabelle 2).

Bezüglich des **wirtschaftlichen Status** der Hilfeempfängerinnen (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt), ist der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach dem SGB II und XII erhalten, mit 44 % weiterhin die stärkste Gruppe gefolgt von Hilfeempfängerinnen mit Einkommen aus selbstständiger und nicht selbstständiger Arbeit mit einem Anteil von 23 %. Somit stellt diese Einkommensart immer noch mit großem Abstand die am häufigsten vorkommende Einkommensart der Hilfeempfängerinnen dar. Bei den Anteilen der Hilfeempfängerinnen mit anderen Einkommensarten gab es gegenüber zum Vorjahr kaum Veränderungen (Tabelle 3).

Hinsichtlich des Zeitpunkts der Antragstellung gab es in 2023 nur geringe Veränderungen. Nach wie vor wurden die Hilfen der Bundesstiftung von den Hilfeempfängerinnen ganz überwiegend

¹ Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2023 geboren wurden, zum Teil bereits in 2022 erfolgt sind, und zum anderen Kinder, für die noch in 2023 eine Bewilligung ausgesprochen wurde, erst Anfang 2024 geboren wurden.

nach der **20. Schwangerschaftswoche**² beantragt. Der Anteil dieser Hilfeempfängerinnen ist im Vergleich zum Vorjahr um einen weiteren Prozentpunkt auf 73 % gestiegen. Der Anteil der Antragstellungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche ist bei 4 % konstant geblieben. Die zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge sind seit 2015 kontinuierlich gesunken, nun um einen weiteren Prozentpunkt auf 23 % (Tabelle 5).

Bei den **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen gab es gegenüber dem Vorjahr kaum Veränderungen. Weiterhin die größte Gruppe mit nun 52 % bildeten im Berichtsjahr diejenigen Hilfeempfängerinnen, die in ehelicher Gemeinschaft lebten. Deren Anteil stieg um einen Prozentpunkt an, während der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden um einen Prozentpunkt auf 32 % sank. Der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen blieb mit 16 % konstant (Tabelle 6).

In 2023 gab es bei der Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** einen Anstieg um weitere 40 Beratungsstellen, nachdem im Vorjahr bereits 38 hinzugekommen waren. Insgesamt wirkten 1 309 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit. Davon befanden sich rund 84 % in freier, der Rest in staatlicher bzw. kommunaler Trägerschaft (Tabelle 7).

Bei der Gesamtzahl von **108 959 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland lag 2023 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung bei 934 Euro** und war somit gegenüber dem Vorjahr um weitere 58 Euro angestiegen. Das entspricht einer Erhöhung von 6,6 % (Tabelle 9). Die Erhöhung des Durchschnittsbetrags ergibt sich zudem aus dem erneuten Rückgang der Zahl der Hilfeempfängerinnen um 2,1 %. Die **Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung** hat sich wieder leicht verändert: Bei den Anteilen der Bewilligungen bis zu 300 Euro gab es einen leichten Anstieg um zwei Prozentpunkte und bei den Bewilligungen bis 600 Euro um einen Prozentpunkt, genau wie bei den Bewilligungen zwischen 1.000 und 1.500 Euro. Der Anteil der Bewilligungen zwischen 600 und 1.000 Euro sank dagegen um vier Prozentpunkte und die Bewilligungen bis 1.500 Euro blieben bei 8 %. Somit wurden wieder am häufigsten Beträge zwischen 300 und 600 Euro und 600 bis 1.000 Euro bewilligt; es folgten Bewilligungen mit Beträgen über 1.500 Euro. Am seltensten bewilligt wurden Beträge bis 300 Euro. Die Verschiebung zu höheren Bewilligungsbeträgen, die im Jahr 2019 erstmals aufgetreten ist, setzte sich somit auch im Jahr 2023 fort (Tabelle 10).

Noch deutlicher wird es, wenn man bzgl. der Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung die Daten aus den Ländern heranzieht (Tabelle 30). Im Berichtsjahr wurden, wie

² Erfasst wird die Schwangerschaftswoche entsprechend der Angabe im Mutterpass. Diese berechnet sich nach dem ersten Tag der letzten Periode und kann daher von dem tatsächlichen Empfängnisterrmin bis zu 2 Wochen abweichen. Die Frist nach § 218 StGB wird dagegen nach dem Zeitpunkt der Empfängnis berechnet. Im Hinblick auf die Frage, wie viele der Hilfeempfängerinnen aus Anlass einer Schwangerschaftskonfliktberatung die Beratungsstelle aufgesucht haben, liefert die Statistik daher nur Näherungswerte, zumal auch nicht jede Hilfeempfängerin, die innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen einen Hilfeantrag stellte, die Beratungsstelle aus diesem Grund aufgesucht haben wird.

in den Vorjahren, wieder in keinem Land Beträge bis 300 Euro am häufigsten ausbezahlt. Beträge zwischen 300 und 600 Euro wurden in 7 Ländern am häufigsten bewilligt. Nur in Rheinland-Pfalz kam das am seltensten vor. Bewilligungen von Beträgen zwischen 1.000 und 1.500 Euro gab es nur in Bayern und Berlin am häufigsten. In Sachsen waren das die am zweithäufigsten vergebenen Beträge und nur dort wurden in 2023 Beträge über 1.500 Euro am häufigsten vergeben.

III. Deutschland – Daten 2023

Endgültige Geburtenzahl: 692 989 (2022: 738 819)
(Statistischen Bundesamt auf www.destatis.de)

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

	Antragstellerinnen	Hilfeempfängerinnen
2014	145 015 (100 %)	132 049 (91 %)
Veränderung 2013/2014	+ 0,2 %	- 0,4 %
2015	151 313 (100 %)	136 938 (90 %)
Veränderung 2014/2015	+ 4,3 %	+ 3,7 %
2016	172 477 (100 %)	156 682 (91 %)
Veränderung 2015/2016	+ 14,0 %	+ 14,4 %
2017	166 462 (100 %)	152 652 (92 %)
Veränderung 2016/2017	- 3,5 %	- 2,6 %
2018	153 724 (100 %)	140 818 (92 %)
Veränderung 2017/2018	- 7,7 %	- 7,8 %
2019	144 000 (100 %)	132 170 (92 %)
Veränderung 2018/2019	- 6,3 %	- 6,1 %
2020	132 111 (100 %)	122 044 (92%)
Veränderung 2019/2020	- 8,3 %	- 7,7 %
2021	125.786 (100 %)	117.540 (93 %)
Veränderung 2020/2021	- 4,8 %	- 3,7 %
2022	120.771 (100 %)	111.242 (92 %)
Veränderung 2021/2022	- 4,0 %	- 5,4 %
2023	121.403 (100 %)	108.959 (90 %)
Veränderung 2022/2023	+ 0,5 %	- 2,1 %

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Alter der Hilfeempfängerin	unter 14 Jahre	14 bis 17 Jahre	ab 18 Jahre
2014	25 (0 %)	3 313 (3 %)	128 711 (97 %)
2015	34 (0 %)	3 305 (2 %)	133 599 (98 %)
2016	56 (0 %)	3 587 (2 %)	153 039 (98 %)
2017	45 (0 %)	3 072 (2 %)	149 535 (98 %)
Änderung der Erfassung	bis 17 Jahre	ab 18 Jahre	
2018	2 632 (2 %)		138 186 (98 %)
2019	2 571 (2 %)		129 599 (98 %)
2020	2.620 (2 %)		119 424 (98 %)
2021	1 916 (2 %)		115 624 (98 %)
2022	1 985 (2 %)		109 257 (98 %)
2023	1 777 (2 %)		107 242 (98 %)

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland

Status der HiE	Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Leistungen nach AsylbLG ³	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2014	31 464 (24 %)	5 063 (4 %)	5 486 (4 %)	62 770 (48 %)	6 684 (5 %)	4 615 (3 %)	15 967 (12 %)
2015	31 034 (23 %)	3 977 (3 %)	4 598 (3 %)	64 100 (47 %)	13 009 (9 %)	6 314 (5 %)	13 906 (10 %)
2016	31 493 (20 %)	3 830 (2 %)	3 511 (2 %)	69 929 (45 %)	26 239 (17 %)	6 562 (4 %)	15 118 (10 %)
2017	30 899 (20 %)	3 496 (2 %)	3 012 (2 %)	79 202 (52 %)	14 483 (10 %)	6 476 (4 %)	15 084 (10 %)
2018	25 449 (18 %)	2 875 (2 %)	2 929 (2 %)	74 581 (53 %)	10 181 (7 %)	6 734 (5 %)	18 060 (13 %)
2019	24 024 (18 %)	2 725 (2 %)	2 391 (2 %)	67 393 (51 %)	9 300 (7 %)	6 928 (5 %)	19 409 (15 %)
2020	23 390 (19 %)	2 903 (2 %)	2 363 (2 %)	60 220 (49 %)	7 380 (6 %)	6 789 (6 %)	18 999 (16 %)
2021	23.776 (20 %)	2.756 (2 %)	2.317 (2 %)	56.617 (48 %)	7.295 (6 %)	6.679 (6 %)	18.100 (16 %)
2022	24 069 (22 %)	2 215 (2 %)	1 858 (2 %)	49 642 (44 %)	9 047 (8 %)	6 501 (6 %)	17 910 (16 %)
2023	25 397 (23 %)	2 398 (2 %)	1 718 (1 %)	47 486 (44 %)	8 372 (8 %)	7 172 (7 %)	16 476 (15 %)

³ Die Spalte „Leistungen nach dem AsylbLG“ ist erstmals im Berichtsjahr 2015 in den Bericht aufgenommen worden.

Tabelle 4: entfallen

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Schwangerschaftswoche	1. bis 12. Woche	13. bis 20. Woche	Nach der 20. Woche
2014	7 916 (6 %)	40 051 (30 %)	84 082 (64 %)
2015	7 802 (6 %)	42 103 (31 %)	87 033 (63 %)
2016	8 165 (5 %)	43 579 (28 %)	104 938 (67 %)
2017	6 286 (4 %)	42 813 (28 %)	103 553 (68 %)
2018	5 524 (4 %)	39 250 (28 %)	96 044 (68 %)
2019	4 942 (4 %)	36 860 (28%)	90 368 (68 %)
2020	4 236 (3 %)	32 852 (27 %)	84 956 (70 %)
2021	5 205 (4 %)	31.150 (27 %)	81 185 (69 %)
2022	4 519 (4 %)	26 440 (24 %)	80 283 (72 %)
2023	3 895 (4 %)	25 491 (23 %)	79 633 (73 %)

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Lebensform der Hilfeempfängerin	In ehelicher Gemeinschaft lebend	Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	In eheähnlicher Gemeinschaft lebend
2014	52 938 (40 %)	50 508 (38 %)	28 603 (22 %)
2015	59 373 (43 %)	50 678 (37 %)	26 887 (20 %)
2016	78 706 (50 %)	51 552 (33 %)	26 424 (17 %)
2017	77 534 (51 %)	50 661 (33 %)	24 457 (16 %)
2018	71 199 (50 %)	47 343 (34 %)	22 276 (16 %)
2019	64 744 (49 %)	44 967 (34 %)	22 459 (17 %)
2020	59 638 (49 %)	40 917 (33 %)	21 489 (18 %)
2021	52 578 (45 %)	38 835 (33 %)	26 127 (22 %)
2022	56 263 (51 %)	37 221 (33 %)	17 758 (16 %)
2023	56 584 (52 %)	35 355 (32 %)	17 080 (16 %)

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

Anzahl	Schwangerschaftsberatungsstellen	Freie Trägerschaft	Staatlich / kommunale Trägerschaft
2014	1 246	1 024	222
Veränderung 2013/2014	- 1,0 %	+ 0,5 %	- 3,1 %
2015	1 265	1 043	222
Veränderung 2014/2015	+ 1,5 %	+ 1,9 %	+/- 0 %
2016	1 254	1 026	228
Veränderung 2015/2016	- 0,9 %	- 1,6 %	+ 2,7 %
2017*)	1 249	1 029	220
Veränderung 2016/2017	+ 0,4 %	+ 0,3 %	- 3,5 %
2018	1 245	1 030	215
Veränderung 2017/2018	- 0,3 %	+ 0,1 %	- 2,3 %
2019	1 238	1 026	212
Veränderung 2018/2019	- 0,6 %	- 0,4 %	- 1,4 %
2020	1 250	1 045	205
Veränderung 2019/2020	+ 1,0 %	+ 1,9 %	- 3,3 %
2021	1 231	1 045	186
Veränderung 2020/2021	- 1,5 %	+/- 0 %	- 9,3 %
2022	1 269	1 067	202
Veränderung 2021/2022	+ 3,1 %	+ 2,1 %	+ 8,6 %
2023	1 309	1 103	206
Veränderung 2022/2023	+ 3,1 %	+ 3,4 %	+ 2,0 %

*) Veränderung gegenüber Sozialdatenbericht 2017 infolge einer nachträglichen Korrektur bei den Länderdaten.

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

	Durchschnittsbetrag (nach alter Berechnung) ⁴	Durchschnittsbetrag (nach neuer Berechnung) ⁵
2014	694 Euro	597 Euro
Veränderung 2013/2014	+ 2 Euro	- 105 Euro
2015	669 Euro	613 Euro
Veränderung 2014/2015	- 25 Euro	+ 16 Euro
2016	634 Euro	655 Euro
Veränderung 2015/2016	- 35 Euro	+ 42 Euro
2017	623 Euro	622 Euro
Veränderung 2016/2017	- 11 Euro	- 33 Euro
2018	684 Euro	661 Euro
Veränderung 2017/2018	+ 61 Euro	+ 39 Euro
2019	763 Euro	736 Euro
Veränderung 2018/2019	+ 79 Euro	+ 75 Euro
2020	809 Euro	770 Euro
Veränderung 2019/2020	+ 46 Euro	+ 34 Euro
2021	839 Euro	800 Euro
Veränderung 2020/2021	+ 30 Euro	+ 30 Euro
2022		876 Euro
Veränderung 2021/2022		+ 76 Euro
2023		934 Euro
Veränderung 2022/2023		+ 58 Euro

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2023

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2014	11 993 (9 %)	61 595 (47 %)	41 525 (31 %)	15 042 (11 %)	1 894 (1 %)
2015	14 327 (10 %)	66 551 (49 %)	41 850 (31 %)	9 676 (7 %)	4 534 (3 %)
2016	23 550 (15 %)	80 473 (51 %)	35 877 (23 %)	14 950 (10 %)	1 832 (1 %)
2017	25 700 (17 %)	79 195 (52 %)	35 877 (23 %)	9 984 (7 %)	1 896 (1 %)
2018	20 286 (14 %)	60 330 (43 %)	45 351 (32 %)	12 130 (9 %)	2 721 (2 %)
2019	11 547 (9 %)	53 198 (40 %)	43 552 (33 %)	19 463 (15 %)	4 410 (3 %)
2020	6 918 (6 %)	46 821 (38 %)	42 320 (35 %)	21 730 (18 %)	4 255 (3 %)
2021	5 638 (5 %)	41 435 (35 %)	44 317 (38 %)	20 040 (17 %)	6 110 (5 %)
2022	3 879 (3 %)	34 079 (31 %)	40 681 (37 %)	23 140 (21 %)	9 463 (8 %)
2023	5 155 (5 %)	35 116 (32 %)	35 727 (33 %)	23 752 (22 %)	9 265 (8 %)

⁴ Mittelwert der Durchschnittsbeträge der 16 Zuweisungsempfänger (ZE); nach 2021 nicht mehr erhoben.

⁵ Neuberechnung des Durchschnittsbetrags des Bundes seit Sozialdatenbericht 2020 (s. Hinweis in Sozialdatenbericht 2020, S. 5 f.)

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Auch im Berichtsjahr 2023 zeigten sich wieder zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

2023 sind in 8 Bundesländern die **Antragszahlen** zwischen 0,3 % und 6,6 % zurückgegangen und in den andern 8 Bundesländern zwischen 1,2 % und 5,3 % angestiegen (Tabelle 14). In Hessen und Nordrhein-Westfalen gab es trotz erhöhter Antragszahlen einen rund 3%igen Rückgang bei der **Zahl der Hilfeempfängerinnen**. In Thüringen blieb sie nahezu gleich (- 0,04 %). Der mit Abstand höchste Rückgang der Bewilligungen war mit 33,9 % in Brandenburg zu verzeichnen und lässt sich auf die Vakanz einer Sachbearbeiterstelle zurückführen. Zugleich gab es dort auch aus dem zuvor genannten Grund die mit Abstand geringste **Quote an bewilligten Anträgen** von nur 55 %. In den meisten Ländern liegt diese über 90 % oder zumindest nahe daran (Tabelle 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen unter 18 Jahren** lag in 2023 wie in den Vorjahren im Bundesdurchschnitt bei durchschnittlich 2 %. In 11 Bundesländern betrug er zwischen 0 und 2 %, in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen war er mit 3 % überdurchschnittlich. Die höchsten Anteile minderjähriger Hilfeempfängerinnen bzw. von Hilfeempfängerinnen, die bei der Antragstellung minderjährig waren, gab es mit je 4 % in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren** lag dem entsprechend, wie auch in den Vorjahren, im Bundesdurchschnitt bei 98 % und in den Ländern zwischen 96 und 100 % (Tabelle 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) veränderte sich in Deutschland kaum (Tabelle 3). Wie stets waren aber Verschiebungen zwischen diesen Gruppen festzustellen (Tabellen 17 bis 23):

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, stieg bundesweit im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt auf 23 %. In den Ländern variiert er zwischen 9 % im Saarland und 49 % in Thüringen. Dort macht er damit fast die Hälfte der erfassten Einkommensarten aus, in Bayern und Schleswig-Holstein mit 35 % bzw. 33 % ein Drittel. In den meisten Ländern liegt er zwischen 19 und 29 %. In 7 Bundesländern stieg der Anteil dieser Einkommensgruppe weiter an, am deutlichsten in Baden-Württemberg mit 10 Prozentpunkten und Bremen mit 6 Prozentpunkten. Letzteres war möglich, da es zusätzliche Mittel aus umverteilten Rückläufen aus anderen Bundesländern gab. In 5 Bundesländern stagnierte er und ging in nur 4 Bundesländern um ein bis 2 Prozentpunkte zurück. Insgesamt war Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit in 2023 die am häufigsten vorkommende Einkommensart der Hilfeempfängerinnen in zwei Bundesländern (Bayern und Thüringen), in 10 Bundesländern die zweithäufigste und in 4 Ländern die dritthäufigste (Tabelle 17).

Wie schon im Vorjahr war in 2023 im Bundesdurchschnitt der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem SGB III** bezogen, mit 2 % unverändert geblieben. Nach Bundesländern betrachtet gab es gegenüber 2022 nur eine Verringerung und vier Anstiege um jeweils einen Prozentpunkt. Im Übrigen blieben die Anteile gleich. Die Werte lagen entsprechend wie im Vorjahr überall niedrig zwischen 0 und 3 %. Dennoch war der Anteil der SGB III-Bezieherinnen unter den Hilfeempfängerinnen in 13 Bundesländern nicht die am seltensten vorkommende Haupteinkommensart (Tabelle 18).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen mit **BAFöG und Ausbildungsvergütungen** als Haupteinkommen hat sich 2023 gegenüber dem Vorjahr im Bundesdurchschnitt um einen Prozentpunkt auf 1 % verringert. Nach Bundesländern betrachtet blieb er in 13 Ländern gleich und lag zwischen 0 und 3 % und damit durchgehend niedrig. In Brandenburg stieg er von 3 auf 4 %. Wie in den Vorjahren war lediglich in Sachsen-Anhalt mit 8 % ein etwas höherer Wert zu verzeichnen. Damit war er in 9 Bundesländern die am seltensten vorkommende Haupteinkommensart (Tabelle 19).

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach SGB II und SGB XII** erhielten, lag 2023 im Bundesdurchschnitt unverändert bei 44 %. In den Ländern gab es Schwankungen zwischen einem und 4 Prozentpunkten in beide Richtungen, nach oben aber nur in 3 Ländern. Den deutlichsten Rückgang gab es mit 9 Prozentpunkten in Hamburg. In 2 Ländern blieb der Anteil unverändert. In 14 Bundesländern sind Leistungen nach SGB II und SGB XII das am häufigsten vorkommende Haupteinkommen der Hilfeempfängerinnen und in zweien das zweithäufigste. In 3 Bundesländern sind mehr als die Hälfte der Hilfeempfängerinnen Bezieherinnen von SGB II und SGB XII-Leistungen (Berlin 59 %, Saarland 54 %, Bremen 52 %). Auch in Sachsen mit 47 % und Sachsen-Anhalt mit 49 % sind die Anteile hoch. Am

niedrigsten sind die Anteile dieser Einkommensart in Bayern mit 31 % und Thüringen mit 34 % und umfassen damit immer noch ein Drittel der dortigen Hilfeempfängerinnen (Tabelle 20).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** bezogen, blieb 2023 im Bundesdurchschnitt unverändert bei 8 %. Auch in den Bundesländern gab es kaum Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Keine Anteilsveränderungen gab es in 4 Bundesländern und in 9 war ein Rückgang zu verzeichnen aber nur um 1 oder 2 Prozentpunkte. Die Anstiege in den übrigen 3 Ländern waren auch nicht höher. Insgesamt liegen die Anteile dieser Einkommensart bei nur 3 bis 9 %. Mehr als 10 % beträgt der Anteil nur in Brandenburg (11 %), Baden-Württemberg (12 %) und Berlin (16 %). Dort ist er dann auch die dritthäufigste Einkommensart der Hilfeempfängerinnen (Tabelle 21).

Im Bundesdurchschnitt war der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **sonstige Sozialleistungen** erhielten, in 2023 um einen Prozentpunkt auf 7 % angestiegen. Nach Ländern betrachtet blieb er erneut in 7 gleich, und ist in 6 Ländern um zumeist 1 bis 2 Prozentpunkte gestiegen, in Hamburg sogar um 4 Prozentpunkte auf 6 %. In 3 Ländern gab es einen Rückgang um einen Prozentpunkt. Mit 17 % kam diese Einkommensart von allen Ländern in Niedersachsen am häufigsten vor, gefolgt von Bayern und Hessen mit je 14 % und Brandenburg mit 12 %. Obgleich sie in 4 Ländern die seltenste Einkommensart der Hilfeempfängerinnen ist, ist sie in Niedersachsen die zweithäufigste (Tabelle 22).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** ist im Bundesdurchschnitt 2023 mit 15 % nur leicht unter den Vorjahreswert gesunken und blieb damit der dritthäufigste Tatbestand unter „wirtschaftlicher Status“. Die Veränderungen in den Ländern waren jeweils moderat mit ein bis 3 Prozentpunkten nach oben oder unten. Einen deutlichen Rückgang gab es mit 11 Prozentpunkten in Baden-Württemberg. In den Ländern belegte der Anteil der Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** zehnmal den dritten Platz (5 bis 32 %) und dreimal den zweiten (17 bis 25 %) unter den Einkommensarten (Tabelle 23).

Auch in 2023 wurde in allen Bundesländern der Antrag auf Stiftungshilfen überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, im Bundesdurchschnitt zu 73 %. Am seltensten kam das mit 60 % Sachsen vor. Meistens lag der Anteil zwischen 70 und 85 %. In Berlin wurden in 2023 fast alle Anträge in diesem Abschnitt der Schwangerschaft gestellt, nämlich 91 % und nur 9 % vor der 20. Schwangerschaftswoche. Anträge in der 13. bis 20. Schwangerschaftswoche wurden am häufigsten in Sachsen (31%) und Sachsen-Anhalt (30 %) gestellt, machten so dort aber auch nur knapp ein Drittel aus (Tabelle 25).

Unterschiede bestanden nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**.

In den westlichen Bundesländern sowie Berlin und Thüringen machten weiterhin die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (zwischen 43 und 59 %). In Berlin liegt dieser Anteil mit 43 % mit dem der (auch im elterlichen Haushalt lebenden) Alleinlebenden mit 42 % ziemlich gleich auf. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt kommt die letztgenannte Lebensform bei den Hilfeempfängerinnen am häufigsten vor mit Anteilen zwischen 41 bis 44 %. Der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die in eheähnlicher Gemeinschaft leben, ist in allen Bundesländern mit 11 bis 24 % am geringsten. Der Vergleich mit der Vorjahrestabelle ergab nur geringfügige Verschiebungen von meist ein bis 3 Prozentpunkten. Am deutlichsten fiel der Unterschied in Thüringen mit 5 Prozentpunkten, wodurch sich dort auch der Abstand zwischen den Kategorien „in ehelicher Gemeinschaft lebend“ und „Alleinlebend“ in Richtung der erstgenannten verschoben hat (Tabelle 26).

Im Bundesdurchschnitt stieg 2023 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung** um 58 Euro (6,6 %) auf **934 Euro** an. In 7 Ländern gab es erneut einen Anstieg (zwischen 1,1 und 28,2 %). Der stärkste Anstieg des statistisch durchschnittlich bewilligten Betrages war im Jahr 2023 mit 28,2 % in Hessen zu verzeichnen, aber auch in Baden-Württemberg (23,6 %), Berlin (21,9 %) und Bremen (23,4 %) lagen die Steigerungen über 20 %. Der Anstieg in Bremen ist auf die Verwendung von Mitteln, die von anderen Zuweisungsempfängern im laufenden Jahr zurückgegeben wurden, zurückzuführen. Die in den anderen 9 Bundesländern erfolgten Rückgänge fielen geringer aus (zwischen 2,4 und 18,6 %).

Wieder war Bremen das Bundesland mit dem geringsten Durchschnittsbetrag in Höhe von 618 Euro. Den zweitniedrigsten Durchschnittsbetrag erhielten Hilfeempfängerinnen 2023 mit 697 Euro in Hamburg, gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit jeweils 710 Euro. Damit lag damit der Durchschnittswert in keinem Land mehr unter 600 Euro und lediglich in zwei Ländern zwischen 600 und 700 Euro.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt erhielten auch 2023 die Hilfeempfängerinnen rechnerisch in 8 Ländern einen geringeren Durchschnittsbetrag und in 8 Ländern Beträge darüber. Anders als im Vorjahr lagen von den östlichen Bundesländern nur Sachsen, Brandenburg und Thüringen mit ihrer durchschnittlichen Bewilligungssumme oberhalb des Bundesdurchschnitts.

Den höchsten Durchschnittsbetrag gab es 2023 in Sachsen mit 1.297 Euro, gefolgt von Bayern (1.273 Euro). Insgesamt lag der durchschnittliche Bewilligungsbetrag 2023 in 6 Ländern über 1.000 Euro (Tabelle 29).

Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung wurden für 2023 von den Landesstiftungen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeldet. Bayern hat Eigenmittel in Höhe von 1.050.658 Euro gemeldet, Rheinland-Pfalz 200.000 Euro, Thüringen 33.239 Euro, Mecklenburg-Vorpommern 11.000 Euro. Sachsen-

Anhalt brachte mit 3.850 Euro im Vergleich zu 2022 2.400 Euro mehr an Eigenmitteln auf, was einer Steigerung von 165,5 % entspricht (Tabelle 33).

V. Länder – Daten 2023

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2014	10 815 (100 %)	11 860 (100 %)	8 632 (100 %)	6 031 (100 %)
2015	15 021 (100 %)	10 555 (100 %)	8 580 (100 %)	5 469 (100 %)
2016	17 178 (100 %)	16 741 (100 %)	9 615 (100 %)	5 790 (100 %)
2017	16 285 (100 %)	16 402 (100 %)	8 895 (100 %)	5 212 (100 %)
2018	15 574 (100 %)	14 294 (100 %)	7 843 (100 %)	4 789 (100 %)
2019	15 202 (100 %)	12 801 (100 %)	7 655 (100 %)	4 348 (100 %)
2020	13 942 (100 %)	12 366 (100 %)	7 160 (100 %)	3 683 (100 %)
2021	13 082 (100 %)	12 462 (100 %)	6 882 (100 %)	3 375 (100 %)
2022	13 173 (100 %)	11 213 (100 %)	6 368 (100 %)	3 154 (100 %)
2023	12 848 (100 %)	11 604 (100 %)	6 351 (100 %)	3 016 (100 %)

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2014	2 124 (100 %)	4 777 (100 %)	10 026 (100 %)	4 565 (100 %)
2015	2 463 (100 %)	5 234 (100 %)	10 477 (100 %)	4 269 (100 %)
2016	2 543 (100 %)	5 595 (100 %)	12 027 (100 %)	4 380 (100 %)
2017	2 673 (100 %)	5 323 (100 %)	11 570 (100 %)	4 035 (100 %)
2018	2 438 (100 %)	5 076 (100 %)	10 845 (100 %)	3 622 (100 %)
2019	2 150 (100 %)	4 750 (100 %)	10 053 (100 %)	3 227 (100 %)
2020	2 216 (100 %)	4 197 (100 %)	9 383 (100 %)	2 779 (100 %)
2021	2 089 (100 %)	4 163 (100 %)	8 780 (100 %)	2 702 (100 %)
2022	2 043 (100 %)	4 054 (100 %)	7 739 (100 %)	2 609 (100 %)
2023	2 011 (100 %)	4 143 (100 %)	8 153 (100 %)	2 665 (100 %)

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2014	16 588 (100 %)	38 449 (100 %)	5 373 (100 %)	1 623 (100 %)
2015	17 063 (100 %)	41 161 (100 %)	5 444 (100 %)	1 735 (100 %)
2016	19 100 (100 %)	44 934 (100 %)	6 340 (100 %)	2 104 (100 %)
2017	17 627 (100 %)	45 259 (100 %)	6 159 (100 %)	2 202 (100 %)
2018	16 487 (100 %)	42 727 (100 %)	5 741 (100 %)	1 945 (100 %)
2019	15 734 (100 %)	40 402 (100 %)	5 146 (100 %)	1 741 (100 %)
2020	14 681 (100 %)	36 311 (100 %)	4 930 (100 %)	1 752 (100 %)
2021	13 867 (100 %)	35 604 (100 %)	4 208 (100 %)	1 675 (100 %)
2022	13 194 (100 %)	33 817 (100 %)	4 536 (100 %)	1 707 (100 %)
2023	13 830 (100 %)	34 234 (100 %)	4 377 (100 %)	1 594 (100 %)

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2014	7 824 (100 %)	5 561 (100 %)	6 495 (100 %)	4 272 (100 %)
2015	7 735 (100 %)	5 251 (100 %)	6 872 (100 %)	3 984 (100 %)
2016	8 261 (100 %)	5 773 (100 %)	7 763 (100 %)	4 333 (100 %)
2017	7 622 (100 %)	5 358 (100 %)	7 832 (100 %)	4 008 (100 %)
2018	7 026 (100 %)	4 717 (100 %)	7 119 (100 %)	3 481 (100 %)
2019	6 513 (100 %)	4 656 (100 %)	6 584 (100 %)	3 038 (100 %)
2020	6 030 (100 %)	4 217 (100 %)	5 615 (100 %)	2 849 (100 %)
2021	5 271 (100 %)	3 789 (100 %)	5 534 (100 %)	2 303 (100 %)
2022	5 304 (100 %)	3 747 (100 %)	5 076 (100 %)	2 431 (100 %)
2023	5 217 (100 %)	3 876 (100 %)	4 994 (100 %)	2 490 (100 %)

Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2014	10 084 (93 %)	11 627 (98 %)	7 837 (91 %)	5 760 (96 %)
2015	13 539 (90 %)	10 258 (97 %)	7 832 (91 %)	5 213 (95 %)
2016	16 019 (93 %)	16 215 (97 %)	8 552 (89 %)	5 271 (91 %)
2017	15 243 (94 %)	15 805 (96 %)	7 765 (87 %)	4 642 (89 %)
2018	14 604 (94 %)	13 729 (96 %)	6 934 (88 %)	4 216 (88 %)
2019	14 233 (94 %)	12 437 (97 %)	7 104 (93 %)	3 602 (83 %)
2020	13 196 (95 %)	12 118 (98 %)	6 664 (93 %)	3 149 (86 %)
2021	12 277 (94 %)	12 242 (98 %)	6 465 (94 %)	2 939 (87 %)
2022	12 049 (91 %)	10 973 (98 %)	6 035 (95 %)	2 531 (80 %)
2023	11 696 (91 %)	11 362 (98 %)	5 762 (91 %)	1 673 (55 %)

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2014	2 000 (94 %)	4 486 (94 %)	9 419 (94 %)	4 215 (92 %)
2015	2 313 (94 %)	4 882 (93 %)	9 598 (92 %)	3 902 (91 %)
2016	2 398 (94 %)	5 199 (93 %)	11 140 (93 %)	3 952 (90 %)
2017	2 533 (95 %)	4 982 (94 %)	10 911 (94 %)	3 658 (91 %)
2018	2 342 (96 %)	4 481 (88 %)	10 157 (94 %)	3 327 (92 %)
2019	2 052 (95 %)	4 421 (93 %)	9 408 (94 %)	2 984 (92 %)
2020	2 112 (95 %)	3 884 (93 %)	8 798 (94 %)	2 556 (92 %)
2021	1 983 (95 %)	3 834 (92 %)	8 207 (93 %)	2 495 (92 %)
2022	1 938 (95 %)	3 725 (92 %)	7 739 (93 %)	2 398 (92 %)
2023	1 915 (95 %)	3 801 (92 %)	7 499 (92 %)	2 447 (92 %)

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2014	15 022 (91 %)	33 376 (87 %)	4 749 (88 %)	1 534 (95 %)
2015	15 442 (90 %)	35 949 (87 %)	4 799 (88 %)	1 654 (96 %)
2016	17 321 (91 %)	39 656 (88 %)	5 855 (92 %)	2 021 (96 %)
2017	15 994 (91 %)	40 593 (90 %)	5 578 (91 %)	2 119 (96 %)
2018	14 744 (89 %)	38 346 (90 %)	5 241 (91 %)	1 890 (97 %)
2019	14 068 (89 %)	36 376 (90 %)	4 691 (91 %)	1 719 (99 %)
2020	13 224 (90 %)	32 733 (90 %)	4 517 (92 %)	1 594 (91 %)
2021	12 540 (90 %)	33 739 (95 %)	3 850 (91 %)	1 511 (90 %)
2022	11 994 (91 %)	30 857 (91 %)	4 234 (93 %)	1 561 (91 %)
2023	12 523 (91 %)	29 780 (87 %)	3 922 (90 %)	1 429 (90 %)

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2014	6 910 (88 %)	5 166 (93 %)	6 040 (93 %)	3 824 (90 %)
2015	6 854 (89 %)	4 869 (92 %)	6 180 (90 %)	3 654 (92 %)
2016	6 890 (83 %)	5 304 (92 %)	6 999 (90 %)	3 890 (90 %)
2017	7 127 (94 %)	4 884 (91 %)	7 210 (92 %)	3 608 (90 %)
2018	6 535 (93 %)	4 302 (91 %)	6 740 (95 %)	3 230 (93 %)
2019	5 837 (90 %)	4 301 (92 %)	6 213 (94 %)	2 724 (90 %)
2020	5 556 (92 %)	3 900 (92 %)	5 296 (94 %)	2 747 (96 %)
2021	4 727 (90 %)	3 517 (93 %)	5 006 (90 %)	2 208 (96 %)
2022	4 679 (88 %)	3 445 (92 %)	4 783 (94 %)	2 301 (95 %)
2023	4 665 (89 %)	3 555 (92 %)	4 630 (93 %)	2 300 (92 %)

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Alter	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
bis 17 Jahre	172 (1 %)	165 (1 %)	71 (1 %)	46 (3 %)
ab 18 Jahre	11 524 (99 %)	11 197 (99 %)	5 691 (99 %)	1 627 (97 %)

Alter	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
bis 17 Jahre	25 (1 %)	14 (0 %)	92 (1 %)	65 (3 %)
ab 18 Jahre	1 890 (99 %)	3 787 (100 %)	7 407 (99 %)	2 382 (97 %)

Alter	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
bis 17 Jahre	207 (2 %)	384 (1 %)	62 (2 %)	29 (2 %)
ab 18 Jahre	12 316 (98 %)	29 396 (99 %)	3 860 (98 %)	1 400 (98 %)

Alter	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 17 Jahre	152 (3 %)	130 (4 %)	79 (1 %)	84 (4 %)
ab 18 Jahre	4 513 (97 %)	3 425 (96 %)	4 611 (99 %)	2 216 (96 %)

Tabelle 17: Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern⁶

HiE mit Arbeits-einkommen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2014	2 953 (29 %)	4 993 (43 %)	2 040 (26 %)	1 843 (32 %)
2015	6 281 (46 %)	2 407 (23 %)	1 836 (23 %)	1 652 (32 %)
2016	5 384 (34 %)	4 058 (25 %)	1 895 (22 %)	1 332 (25 %)
2017	6 274 (41 %)	3 088 (20 %)	1 615 (21 %)	1 186 (26 %)
2018	2 332 (16 %)	2 696 (20 %)	1 211 (17 %)	998 (24 %)
2019	1 170 (8 %)	3 090 (25 %)	1 298 (18 %)	854 (24 %)
2020	1 383 (11 %)	3 402 (28 %)	1 264 (19 %)	727 (23 %)
2021	1 289 (11 %)	3 747 (31 %)	1 101 (17 %)	676 (23 %)
2022	1 323 (11 %)	3 820 (35 %)	1 188 (20 %)	693 (27 %)
2023	2 405 (21 %)	3 974 (35 %)	1 145 (20 %)	463 (28 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2014	235 (12 %)	934 (21 %)	1 759 (19 %)	1 191 (28 %)
2015	242 (10 %)	1 031 (21 %)	1 700 (18 %)	925 (24 %)
2016	195 (8 %)	965 (19 %)	1 729 (15 %)	903 (23 %)
2017	218 (8 %)	962 (19 %)	1 614 (15 %)	861 (24 %)
2018	168 (7 %)	1 140 (25 %)	1 625 (16 %)	759 (23 %)
2019	154 (7 %)	995 (22 %)	1 565 (17 %)	753 (25 %)
2020	274 (13 %)	924 (24 %)	1 397 (16 %)	659 (26 %)
2021	261 (13 %)	818 (21 %)	1 309 (16 %)	705 (28 %)
2022	285 (15 %)	829 (22 %)	1 315 (17 %)	655 (27 %)
2023	401 (21 %)	934 (24 %)	1 461 (19 %)	703 (29 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2014	2 325 (15 %)	5 795 (17 %)	1 135 (24 %)	257 (17 %)
2015	2 233 (14 %)	5 679 (16 %)	1 048 (22 %)	226 (13 %)
2016	2 291 (13 %)	5 727 (14 %)	1 077 (18 %)	243 (12 %)
2017	2 166 (14 %)	5 992 (15 %)	1 059 (19 %)	234 (11 %)
2018	1 982 (13 %)	5 687 (15 %)	1 084 (21 %)	212 (11 %)
2019	1 895 (13 %)	5 700 (16 %)	1 009 (22 %)	185 (11 %)
2020	1 821 (14 %)	5 396 (17 %)	1 004 (22 %)	178 (11 %)
2021	1 669 (13 %)	6 945 (21 %)	803 (21 %)	156 (10 %)
2022	1 570 (13 %)	7 056 (23 %)	879 (21 %)	170 (11 %)
2023	1 609 (13 %)	7 094 (24 %)	824 (21 %)	125 (9 %)

HiE mit Arbeitseinkommen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2014	1 189 (17 %)	1 341 (26 %)	1 957 (33 %)	1 517 (40 %)
2015	1 194 (17 %)	1 116 (23 %)	1 990 (32 %)	1 474 (40 %)
2016	1 140 (17 %)	988 (19 %)	1 850 (27 %)	1 716 (44 %)
2017	1 232 (17 %)	883 (18 %)	2 049 (28 %)	1 466 (41 %)
2018	1 355 (21 %)	765 (18 %)	2 023 (30 %)	1 412 (44 %)
2019	1 300 (22 %)	776 (18 %)	2 131 (34 %)	1 149 (42 %)
2020	1 303 (24 %)	696 (18 %)	1 716 (32 %)	1 246 (45 %)
2021	1 082 (23 %)	659 (19 %)	1 554 (31 %)	1 002 (45 %)
2022	1 070 (23 %)	584 (17 %)	1 550 (33 %)	1 082 (47 %)
2023	1 031 (22 %)	588 (16 %)	1 522 (33 %)	1 118 (49 %)

⁶ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 18: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern⁷

HiE mit SGB III	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2014	504 (5 %)	531 (5 %)	173 (2 %)	201 (3 %)
2015	84 (1 %)	305 (3 %)	126 (2 %)	166 (3 %)
2016	0 (0 %)	492 (3 %)	124 (1 %)	149 (3 %)
2017	13 (0 %)	362 (2 %)	73 (1 %)	119 (3 %)
2018	12 (0 %)	256 (2 %)	44 (1 %)	91 (2 %)
2019	14 (0 %)	235 (2 %)	57 (1 %)	93 (2 %)
2020	5 (0 %)	272 (2 %)	65 (1 %)	81 (3 %)
2021	11 (0 %)	251 (2 %)	68 (1 %)	88 (3 %)
2022	15 (0 %)	217 (2 %)	33 (0 %)	65 (3 %)
2023	11 (0 %)	207 (2 %)	71 (1 %)	38 (2 %)

HiE mit SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2014	37 (2 %)	162 (4 %)	341 (3 %)	182 (5 %)
2015	33 (1 %)	131 (3 %)	297 (3 %)	174 (4 %)
2016	26 (1 %)	131 (2 %)	292 (2 %)	144 (3 %)
2017	47 (2 %)	143 (3 %)	286 (2 %)	126 (3 %)
2018	28 (1 %)	98 (2 %)	225 (2 %)	114 (3 %)
2019	17 (1 %)	60 (1 %)	214 (2 %)	100 (3 %)
2020	19 (1 %)	91 (2 %)	258 (3 %)	92 (4 %)
2021	19 (1 %)	66 (2 %)	248 (3 %)	115 (5 %)
2022	49 (2 %)	50 (1 %)	194 (2 %)	79 (3 %)
2023	32 (2 %)	76 (2 %)	234 (3 %)	85 (3 %)

HiE mit SGB III	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2014	569 (4 %)	1 202 (3 %)	240 (5 %)	67 (4 %)
2015	457 (3 %)	1 209 (3 %)	226 (5 %)	64 (4 %)
2016	462 (3 %)	1 105 (3 %)	237 (4 %)	45 (2 %)
2017	396 (2 %)	1 126 (3 %)	177 (3 %)	42 (2 %)
2018	350 (2 %)	956 (2 %)	185 (3 %)	33 (2 %)
2019	346 (2 %)	905 (3 %)	160 (3 %)	38 (2 %)
2020	325 (2 %)	925 (3 %)	177 (4 %)	41 (3 %)
2021	291 (2 %)	967 (3 %)	154 (4 %)	35 (2 %)
2022	247 (2 %)	726 (2 %)	105 (3 %)	27 (2 %)
2023	273 (2 %)	783 (3 %)	101 (3 %)	29 (2 %)

HiE mit SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2014	209 (3 %)	131 (3 %)	260 (4 %)	254 (7 %)
2015	181 (3 %)	100 (2 %)	229 (4 %)	195 (5 %)
2016	171 (2 %)	105 (2 %)	214 (3 %)	133 (3 %)
2017	178 (3 %)	92 (2 %)	229 (3 %)	87 (2 %)
2018	160 (2 %)	68 (2 %)	174 (3 %)	81 (2 %)
2019	142 (2 %)	101 (2 %)	167 (3 %)	76 (3 %)
2020	173 (3 %)	101 (3 %)	176 (3 %)	102 (4 %)
2021	129 (3 %)	99 (3 %)	150 (3 %)	65 (3 %)
2022	128 (3 %)	79 (2 %)	136 (3 %)	65 (3 %)
2023	139 (3 %)	101 (3 %)	152 (3 %)	66 (3 %)

⁷ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern⁸

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2014	806 (8 %)	361 (3 %)	313 (4 %)	190 (3 %)
2015	650 (5 %)	88 (1 %)	255 (3 %)	154 (3 %)
2016	145 (2 %)	76 (1 %)	230 (3 %)	136 (3 %)
2017	169 (1 %)	62 (0 %)	128 (2 %)	103 (2 %)
2018	533 (4 %)	32 (0 %)	104 (2 %)	104 (2 %)
2019	342 (2 %)	30 (0 %)	98 (1 %)	95 (3 %)
2020	414 (3 %)	18 (0 %)	66 (1 %)	93 (3 %)
2021	376 (3 %)	18 (0 %)	85 (2 %)	88 (3 %)
2022	103 (1 %)	20 (0 %)	71 (1 %)	87 (3 %)
2023	88 (1 %)	16 (0 %)	82 (1 %)	63 (4 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2014	80 (4 %)	110 (2 %)	267 (3 %)	170 (4 %)
2015	85 (4 %)	117 (2 %)	234 (3 %)	168 (4 %)
2016	60 (2 %)	107 (2 %)	195 (2 %)	111 (3 %)
2017	41 (2 %)	92 (2 %)	184 (2 %)	118 (3 %)
2018	32 (1 %)	34 (1 %)	188 (2 %)	92 (3 %)
2019	31 (2 %)	35 (1 %)	150 (2 %)	35 (1 %)
2020	43 (2 %)	22 (0 %)	109 (1 %)	30 (1 %)
2021	20 (1 %)	27 (1 %)	102 (1 %)	33 (1 %)
2022	15 (1 %)	19 (1 %)	120 (1 %)	29 (1 %)
2023	13 (1 %)	41 (1 %)	115 (2 %)	23 (1 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Niedersach- sen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2014	771 (5 %)	870 (3 %)	133 (3 %)	78 (5 %)
2015	665 (4 %)	795 (2 %)	124 (3 %)	58 (3 %)
2016	608 (3 %)	722 (2 %)	151 (3 %)	57 (3 %)
2017	511 (3 %)	587 (1 %)	191 (4 %)	58 (3 %)
2018	465 (3 %)	520 (1 %)	99 (2 %)	44 (2 %)
2019	429 (3 %)	463 (1 %)	39 (1 %)	38 (2 %)
2020	388 (3 %)	432 (1 %)	46 (1 %)	41 (3 %)
2021	378 (3 %)	484 (1 %)	42 (1 %)	44 (3 %)
2022	370 (3 %)	390 (1 %)	48 (1 %)	40 (2 %)
2023	341 (3 %)	369 (1 %)	36 (1 %)	30 (2 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2014	189 (3 %)	574 (11 %)	260 (4 %)	314 (8 %)
2015	168 (3 %)	496 (10 %)	233 (4 %)	308 (9 %)
2016	148 (2 %)	450 (9 %)	211 (3 %)	104 (3 %)
2017	125 (2 %)	405 (8 %)	126 (2 %)	112 (3 %)
2018	95 (1 %)	350 (8 %)	148 (2 %)	89 (3 %)
2019	114 (2 %)	303 (7 %)	119 (2 %)	70 (3 %)
2020	115 (2 %)	330 (8 %)	129 (3 %)	87 (3 %)
2021	107 (2 %)	326 (9 %)	113 (2 %)	74 (3 %)
2022	81 (2 %)	284 (8 %)	114 (2 %)	67 (3 %)
2023	103 (2 %)	276 (8 %)	99 (2 %)	23 (1 %)

⁸ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern⁹

HiE mit SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2014	3 220 (31 %)	5 269 (45 %)	4 599 (59 %)	2 816 (49 %)
2015	4 362 (32 %)	5 244 (51 %)	4 687 (60 %)	2 356 (45 %)
2016	5 431 (34 %)	7 117 (44 %)	4 716 (55 %)	2 486 (47 %)
2017	6 419 (42 %)	7 698 (49 %)	4 933 (63 %)	2 332 (50 %)
2018	6 283 (43 %)	6 232 (45 %)	4 810 (69 %)	2 214 (53 %)
2019	5 775 (41 %)	4 930 (40 %)	4 730 (67 %)	1 788 (50 %)
2020	5 197 (39 %)	4 658 (39 %)	4 386 (66 %)	1 538 (49 %)
2021	4 818 (39 %)	4 120 (34 %)	4 286 (66 %)	1 440 (49 %)
2022	4 513 (37 %)	3 407 (31 %)	3 789 (63 %)	989 (39 %)
2023	4 451 (38 %)	3 514 (31 %)	3 382 (59 %)	644 (38 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2014	1 105 (55 %)	2 163 (48 %)	4 260 (45 %)	2 155 (51 %)
2015	1 318 (57 %)	2 172 (45 %)	4 138 (43 %)	2 019 (52 %)
2016	1 413 (59 %)	2 356 (45 %)	4 420 (40 %)	1 978 (50 %)
2017	1 646 (65 %)	2 613 (53 %)	5 200 (48 %)	1 884 (52 %)
2018	1 566 (67 %)	2 388 (53 %)	5 253 (52 %)	1 779 (53 %)
2019	1 446 (70 %)	2 545 (58 %)	4 707 (50 %)	1 514 (51 %)
2020	1 375 (65 %)	2 053 (53 %)	4 304 (49 %)	1 233 (48 %)
2021	1 283 (65 %)	2 061 (54 %)	3 856 (47 %)	1 119 (45 %)
2022	1 060 (55 %)	1 911 (51 %)	3 459 (45 %)	1 093 (46 %)
2023	1 004 (52 %)	1 592 (42 %)	3 267 (44 %)	1 056 (43 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2014	7 194 (48 %)	16 260 (49 %)	1 887 (40 %)	823 (54 %)
2015	7 350 (48 %)	17 382 (48 %)	1 739 (36 %)	934 (57 %)
2016	7 719 (45 %)	18 177 (46 %)	2 151 (37 %)	1 327 (66 %)
2017	8 663 (54 %)	21 682 (53 %)	2 581 (46 %)	1 459 (69 %)
2018	8 037 (55 %)	21 477 (56 %)	2 371 (45 %)	1 282 (68 %)
2019	7 443 (53 %)	19 775 (54 %)	2 035 (43 %)	1 125 (65 %)
2020	6.800 (51 %)	17 505 (53 %)	1 708 (38 %)	1 006 (63 %)
2021	6 162 (49 %)	18 017 (53 %)	1 515 (39 %)	908 (60 %)
2022	5 455 (46 %)	15 125 (49 %)	1 461 (35 %)	870 (56 %)
2023	5 602 (45 %)	14 254 (48 %)	1 464 (37 %)	778 (54 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2014	4 592 (67 %)	2 656 (51 %)	2 350 (40 %)	1 421 (37 %)
2015	4 339 (63 %)	2 461 (51 %)	2 359 (38 %)	1 240 (34 %)
2016	3 961 (57 %)	2 886 (54 %)	2 469 (35 %)	1 322 (34 %)
2017	4 389 (62 %)	2 960 (61 %)	3 169 (44 %)	1 574 (43 %)
2018	3 821 (59 %)	2 613 (61 %)	3 178 (47 %)	1 277 (39 %)
2019	3 266 (56 %)	2 534 (59 %)	2 673 (43 %)	1 107 (41 %)
2020	2 954 (53 %)	2.148 (55 %)	2 327 (44 %)	1 028 (37 %)
2021	2 417 (51 %)	1 783 (51 %)	2 088 (42%)	744 (34 %)
2022	2 278 (48 %)	1 741 (51 %)	1 784 (37 %)	707 (30 %)
2023	2 204 (47 %)	1 750 (49 %)	1 744 (37 %)	780 (34 %)

⁹ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 21: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern¹⁰

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2014	730 (7 %)	388 (3 %)	539 (7 %)	157 (3 %)
2015	1 791 (13 %)	604 (6 %)	754 (10 %)	347 (7 %)
2016	3 804 (24 %)	2 169 (13 %)	1 443 (17 %)	589 (11 %)
2017	2 102 (14 %)	1 275 (8 %)	866 (11 %)	404 (9 %)
2018	1 733 (12 %)	869 (6 %)	686 (10 %)	364 (9 %)
2019	1 638 (12 %)	555 (4 %)	831 (12 %)	324 (9 %)
2020	1 213 (9 %)	151 (1 %)	816 (12 %)	281 (9 %)
2021	1 220 (10 %)	153 (1 %)	786 (12 %)	265 (9 %)
2022	1 557 (13 %)	238 (2 %)	824 (14 %)	307 (12 %)
2023	1 380 (12 %)	284 (3 %)	910 (16 %)	180 (11 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2014	187 (9 %)	282 (6 %)	487 (5 %)	93 (2 %)
2015	317 (14 %)	495 (10 %)	980 (10 %)	234 (6 %)
2016	372 (16 %)	808 (16 %)	2 192 (20 %)	272 (7 %)
2017	288 (11 %)	473 (9 %)	1 293 (12 %)	147 (4 %)
2018	225 (10 %)	250 (6 %)	713 (7 %)	134 (4 %)
2019	141 (7 %)	273 (6 %)	664 (7 %)	101 (3 %)
2020	137 (6 %)	258 (7 %)	516 (6 %)	118 (5 %)
2021	119 (3 %)	283 (7 %)	523 (7 %)	110 (4 %)
2022	157 (8 %)	335 (9 %)	771 (10 %)	147 (6 %)
2023	134 (7 %)	338 (9 %)	629 (8 %)	141 (6 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2014	996 (7 %)	1 944 (6 %)	216 (4 %)	40 (3 %)
2015	1 687 (11 %)	3 846 (11 %)	468 (10 %)	83 (5 %)
2016	3 308 (19 %)	7 156 (18 %)	1 079 (18 %)	131 (6 %)
2017	1 376 (9 %)	4 197 (10 %)	431 (8 %)	51 (2 %)
2018	946 (6 %)	2 768 (7 %)	239 (5 %)	57 (3 %)
2019	944 (7 %)	2 446 (7 %)	236 (5 %)	48 (3 %)
2020	778 (6 %)	1 863 (6 %)	232 (5 %)	41 (3 %)
2021	845 (7 %)	1 717 (5 %)	196 (5 %)	72 (5 %)
2022	1 087 (9 %)	2 068 (7 %)	271 (6 %)	75 (5 %)
2023	1 134 (9 %)	1 908 (6 %)	184 (5 %)	80 (6 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2014	149 (2 %)	153 (3 %)	261 (4 %)	62 (1 %)
2015	385 (6 %)	362 (8 %)	458 (7 %)	198 (5 %)
2016	655 (10 %)	561 (11 %)	1 274 (18 %)	426 (11 %)
2017	531 (7 %)	225 (5 %)	618 (9 %)	206 (6 %)
2018	411 (6 %)	170 (4 %)	431 (7 %)	185 (6 %)
2019	402 (7 %)	193 (5 %)	341 (5 %)	163 (6 %)
2020	340 (6 %)	186 (5 %)	323 (6 %)	127 (5 %)
2021	353 (8 %)	189 (5 %)	323 (6 %)	141 (6 %)
2022	382 (8 %)	227 (7 %)	398 (8 %)	203 (9 %)
2023	323 (7 %)	206 (6 %)	378 (8 %)	163 (7 %)

¹⁰ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern¹¹

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2014	100 (1 %)	31 (0 %)	10 (0 %)	37 (1 %)
2015	95 (1 %)	1 551 (15 %)	8 (0 %)	39 (1 %)
2016	0 (0 %)	2 093 (13 %)	11 (0 %)	65 (1 %)
2017	0 (0 %)	1 925 (12 %)	7 (0 %)	23 (0 %)
2018	0 (0 %)	1 620 (12 %)	8 (0 %)	21 (0 %)
2019	311 (2 %)	1 496 (12 %)	10 (0 %)	13 (0 %)
2020	394 (3 %)	1 323 (11 %)	2 (0 %)	18 (0 %)
2021	232 (2 %)	1 611 (13 %)	11 (0 %)	0 (0 %)
2022	334 (2 %)	1 443 (13 %)	67 (1 %)	302 (12 %)
2023	498 (4 %)	1 606 (14 %)	74 (1 %)	207 (12 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2014	31 (2 %)	5 (0 %)	922 (10 %)	35 (1 %)
2015	60 (3 %)	6 (0 %)	867 (9 %)	31 (1 %)
2016	103 (4 %)	6 (0 %)	771 (7 %)	36 (1 %)
2017	24 (1 %)	61 (1 %)	790 (7 %)	32 (1 %)
2018	22 (1 %)	155 (4 %)	1 341 (13 %)	31 (1 %)
2019	25 (1 %)	71 (2 %)	1 254 (13 %)	42 (2 %)
2020	19 (1 %)	66 (2 %)	1 358 (15 %)	28 (1 %)
2021	28 (1 %)	43 (1 %)	1 319 (16 %)	27 (1 %)
2022	49 (2 %)	70 (2 %)	1 057 (14 %)	17 (1 %)
2023	16 (1 %)	212 (6 %)	1 056 (14 %)	21 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2014	2 038 (14 %)	950 (3 %)	46 (1 %)	25 (1 %)
2015	2 155 (14 %)	1 016 (3 %)	43 (1 %)	33 (2 %)
2016	1 973 (11 %)	995 (2 %)	49 (1 %)	23 (1 %)
2017	2 027 (13 %)	1 073 (3 %)	64 (1 %)	25 (1 %)
2018	2 133 (15 %)	989 (3 %)	43 (1 %)	26 (1 %)
2019	2 191 (16 %)	1 114 (3 %)	36 (1 %)	26 (2 %)
2020	2 182 (17 %)	1 006 (3 %)	68 (2 %)	19 (0 %)
2021	2 056 (17 %)	931 (3 %)	53 (2 %)	17 (1 %)
2022	1 899 (16 %)	847 (3 %)	61 (1 %)	30 (2 %)
2023	2 156 (17 %)	921 (3 %)	55 (1 %)	26 (2 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2014	96 (1 %)	18 (0 %)	204 (3 %)	67 (2 %)
2015	81 (1 %)	20 (0 %)	219 (4 %)	90 (3 %)
2016	79 (1 %)	25 (0 %)	260 (4 %)	73 (2 %)
2017	102 (1 %)	23 (0 %)	234 (3 %)	66 (2 %)
2018	120 (2 %)	13 (0 %)	159 (2 %)	62 (2 %)
2019	87 (2 %)	18 (0 %)	169 (3 %)	65 (2 %)
2020	98 (2 %)	22 (0 %)	130 (3 %)	56 (2 %)
2021	108 (2 %)	10 (0 %)	180 (4 %)	53 (3 %)
2022	92 (2 %)	18 (0 %)	172 (4 %)	43 (2 %)
2023	108 (3 %)	21 (1 %)	159 (3 %)	36 (1 %)

¹¹ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern¹²

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2014	1 771 (19 %)	54 (1 %)	163 (2 %)	516 (9 %)
2015	276 (2 %)	59 (1 %)	166 (2 %)	499 (9 %)
2016	1 255 (8 %)	210 (1 %)	133 (2 %)	514 (10 %)
2017	266 (2 %)	1 395 (9 %)	143 (2 %)	475 (10 %)
2018	3 711 (25 %)	2 024 (15 %)	71 (1 %)	424 (10 %)
2019	4 983 (35 %)	2 101 (17 %)	80 (1 %)	435 (12 %)
2020	4 590 (35 %)	2 294 (19 %)	65 (1 %)	411 (13 %)
2021	4 331 (35 %)	2 342 (19 %)	128 (2 %)	382 (13 %)
2022	4 204 (35 %)	1 828 (17 %)	63 (1 %)	88 (4 %)
2023	2 863 (24 %)	1 761 (15 %)	98 (2 %)	78 (5 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2014	325 (16 %)	830 (19 %)	1 383 (15 %)	389 (9 %)
2015	258 (11 %)	930 (19 %)	1 382 (14 %)	351 (9 %)
2016	229 (10 %)	826 (16 %)	1 541 (14 %)	508 (13 %)
2017	269 (11 %)	638 (13 %)	1 544 (14 %)	490 (13 %)
2018	301 (13 %)	416 (9 %)	812 (8 %)	418 (13 %)
2019	238 (12 %)	442 (10 %)	854 (9 %)	439 (15 %)
2020	245 (12 %)	470 (12 %)	856 (10 %)	396 (15 %)
2021	253 (13 %)	536 (14 %)	850 (10 %)	386 (16 %)
2022	323 (17 %)	511 (14 %)	823 (11 %)	378 (16 %)
2023	315 (16 %)	608 (16 %)	737 (10 %)	418 (17 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2014	1 129 (7 %)	6 355 (19 %)	1 092 (23 %)	244 (16 %)
2015	895 (6 %)	6 022 (17 %)	1 151 (24 %)	256 (16 %)
2016	960 (6 %)	5 774 (15 %)	1 111 (19 %)	195 (10 %)
2017	855 (5 %)	5 936 (15 %)	1 075 (19 %)	250 (12 %)
2018	831 (6 %)	5 949 (16 %)	1 220 (23 %)	236 (13 %)
2019	820 (6 %)	5 973 (16 %)	1 176 (25 %)	259 (15 %)
2020	930 (7 %)	5 606 (17 %)	1 282 (28 %)	268 (17 %)
2021	1 139 (9 %)	4 678 (14 %)	1 087 (28 %)	279 (18 %)
2022	1 366 (11 %)	4 645 (15 %)	1 409 (33 %)	349 (22 %)
2023	1 408 (11 %)	4 451 (15 %)	1 258 (32 %)	361 (25 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2014	486 (7 %)	293 (6 %)	748 (12 %)	189 (5 %)
2015	506 (7 %)	314 (6 %)	692 (11 %)	149 (4 %)
2016	736 (11 %)	289 (5 %)	721 (10 %)	116 (3 %)
2017	570 (8 %)	296 (6 %)	785 (11 %)	97 (3 %)
2018	573 (9 %)	323 (7 %)	627 (9 %)	124 (4 %)
2019	526 (9 %)	376 (9 %)	613 (10 %)	94 (3 %)
2020	573 (10 %)	417 (11 %)	495 (9 %)	101 (4 %)
2021	531 (11 %)	451 (13 %)	598 (12 %)	129 (6 %)
2022	648 (14 %)	512 (15 %)	629 (13 %)	134 (6 %)
2023	757 (16 %)	613 (17 %)	636 (14 %)	114 (5 %)

¹² Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 24: entfallen

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2023 nach Bundesländern

Schwangerschafts- woche	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	535 (5 %)	446 (4 %)	21 (0 %)	10 (1 %)
13. bis 20.	2 880 (25 %)	2 666 (23 %)	512 (9 %)	248 (14 %)
nach der 20.	8 281 (70 %)	8 250 (73 %)	5 229 (91 %)	1 415 (85 %)

Schwangerschafts- woche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
1. bis 12.	18 (1 %)	82 (2 %)	226 (3 %)	34 (1 %)
13. bis 20.	312 (16 %)	577 (15 %)	1 320 (18 %)	481 (20 %)
nach der 20.	1 585 (83 %)	3 142 (83 %)	5 953 (79 %)	1 932 (79 %)

Schwangerschafts- woche	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
1. bis 12.	155 (1 %)	1 445 (5 %)	248 (6 %)	117 (8 %)
13. bis 20.	3 123 (25 %)	7 990 (27 %)	871 (22 %)	395 (28 %)
nach der 20.	9 245 (74 %)	20 345 (68 %)	2 803 (72 %)	917 (64 %)

Schwangerschafts- woche	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
1. bis 12.	286 (6 %)	78 (2 %)	189 (4 %)	5 (1 %)
13. bis 20.	1 430 (31 %)	1 060 (30 %)	1 295 (27 %)	331 (14 %)
nach der 20.	2 949 (63 %)	2 417 (68 %)	3 206 (69 %)	1 964 (85 %)

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2023 nach Bundesländern

Lebensform	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6 716 (57 %)	6 344 (56 %)	2 480 (43 %)	615 (37 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3 632 (31 %)	3 425 (30 %)	2 391 (42 %)	709 (42 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 348 (12 %)	1 593 (14 %)	891 (15 %)	349 (21 %)

Lebensform	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
In ehelicher Gemeinschaft lebend	968 (51 %)	1 757 (46 %)	4 219 (56 %)	830 (34 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	587 (31 %)	1 556 (41 %)	2 490 (33 %)	1 074 (44 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	360 (18 %)	488 (13 %)	790 (11 %)	543 (22 %)

Lebensform	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6 452 (52 %)	16 454 (55 %)	2 237 (57 %)	838 (59 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3 731 (29 %)	8 690 (29 %)	1 106 (28 %)	413 (29 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	2 340 (19 %)	4 636 (16 %)	579 (15 %)	178 (12 %)

Lebensform	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1 761 (38 %)	1 364 (38 %)	2 502 (54 %)	1 047 (45 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	1 915 (41 %)	1 519 (43 %)	1 407 (30 %)	710 (31 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	989 (21 %)	672 (19 %)	781 (16 %)	543 (24 %)

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	50 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	45 (90 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	10 (19 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	53 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	75 (50 %)	48 (91 %)	50 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (9 %)	11 (18 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	152 (100 %)	48 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	76 (50 %)	43 (90 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	122 (100 %)	156 (100 %)	49 (100 %)	64 (100 %)
Freie Trägerschaft	101 (83 %)	80 (51 %)	44 (90 %)	53 (83 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (10 %)	11 (17 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	123 (100 %)	156 (100 %)	48 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	102 (83 %)	80 (51 %)	43 (90 %)	51 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (10 %)	11 (18 %)
2021				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	102 (100 %)	156 (100 %)	45 (100 %)	59 (100 %)
Freie Trägerschaft	102 (100 %)	80 (51 %)	40 (89 %)	50 (85 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	9 (15 %)
2022				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	123 (100 %)	157 (100 %)	49 (100 %)	60 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (84 %)	81 (52 %)	44 (90 %)	52 (87 %)
Staatlich/kommunal	20 (16 %)	76 (48 %)	5 (10 %)	8 (13 %)
2023				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	126 (100 %)	157 (100 %)	100 (100 %)	56 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	79 (50 %)	88 (88 %)	51 (91 %)
Staatlich/kommunal	23 (18 %)	78 (50 %)	12 (12 %)	5 (9 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	3 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	3 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2021				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2022				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	91 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	91 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2023				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	4 (100 %)	3 (100 %)	92 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	4 (100 %)	3 (100 %)	92 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	181 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (75 %)	159 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	232 (100 %)	189 (100 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	168 (89 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	21 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (74 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (90 %)
Staatlich/kommunal	61 (26 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	2 (10 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	230 (100 %)	188 (100 %)	77 (100 %) ¹³	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	167 (89 %)	77 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	57 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	228 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (77 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	53 (23 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	222 (100 %)	183 (100 %)	77 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	172 (77 %)	162 (89 %)	77 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	50 (23 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	221 (100 %)	187 (100 %)	97* (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	176 (80 %)	166 (89 %)	95 (98 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	45 (20 %)	21 (11 %)	2 (2 %)	0 (0 %)
2021				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	223 (100 %)	187 (100 %)	97* (100 %)	18 (100 %)
Freie Trägerschaft	178 (80 %)	166 (89 %)	95 (98 %)	18 (100 %)
Staatlich/kommunal	45 (20 %)	21 (11 %)	2 (2 %)	0 (0 %)
2022				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	228 (100 %)	185 (100 %)	97 (100 %)	18 (100 %)
Freie Trägerschaft	185 (81 %)	164 (89 %)	95 (98 %)	18 (100 %)
Staatlich/kommunal	43 (19 %)	21 (11 %)	2 (2 %)	0 (0 %)
2023				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	223 (100 %)	185 (100 %)	97 (100 %)	18 (100 %)
Freie Trägerschaft	181 (81 %)	164 (89 %)	95 (98 %)	18 (100 %)
Staatlich/kommunal	42 (19 %)	21 (11 %)	2 (2 %)	0 (0 %)

* 77 geförderte Beratungsstellen inkl. Außenstellen

¹³ Nachträgliche Korrektur gegenüber Sozialdatenbericht 2017.

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	44 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	42 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	43 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	41 (95 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	48 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	37 (77 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (23 %)	0 (0 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	57 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	38 (95 %)	46 (81 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (19 %)	0 (0 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	49 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	38 (95 %)	42 (86 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	7 (14 %)	0 (0 %)
2021				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	56 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	38 (95 %)	45 (80 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (20 %)	0 (0 %)
2022				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	82 (100 %)	40 (100 %)	57 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	67 (82 %)	39 (97 %)	46 (81 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (18 %)	1 (3 %)	11 (19 %)	0 (0 %)
2023				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	53 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (97 %)	46 (87 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	1 (3 %)	7 (13 %)	0 (0 %)

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2023 nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5-facher RS AL = 2,5-facher RS	2,2 x RS (Härtefälle 2,7 x RS) + Familienzuschläge 100 % v. RS + Unterkunftskosten	§ 53 AO: 4 x RS Paare u. HA; 5 x RS Alleinstehende (Bruttobezüge)	Einkommensgrenze Stiftung – Grundlage Bruttobezüge: AL = 5 x RS Paare/LG = 4 x RS HA = 3 x RS Härtefallregelung: § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO AL = 5 x RS HA = 4 x RS
	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Einkommensgrenzen	AL: 3 x RS Paare u. HA: 2 x RS Kinder: 1 x RS + Warmmiete	AL: 3 x RS HV/HA: 2 x RS Kinder: 1 ½ RS zuzügl. Warmmiete	RS x 1,5 bzw. RS x 2 bei AL	2-facher RS bei HV und HA; 2,5-facher RS bei AL
	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einkommensgrenzen	HV = 4,5 x RS HA = 2,5 x RS	HV = 3 x RS HA = 2 x 80 % RS HA (0 – 5 J.) = 1,5 x 60 % RS HA (6 – 13 J.) = 1,5 x 70 % RS HA (14 – 24 J.) = 1,5 x 80 % RS AL = 3,75 x RS + Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5 x RS; AL = 2 x RS + Mehrbedarf für Schwangere + tatsächliche Kosten für Unterkunft + tatsächliche angemessene wirtschaftliche Ausgaben	AL = 2,5 x RS + KdU; ansonsten 1,5 x RS + KdU
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Einkommensgrenzen	"HV/HA=1,5xRS AL 2xRS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehrbedarf HV/HA bei Erwerbstätigkeit; Übersteigerung des Netto - § 53 Abs. 1 Nr.2 AO; Folgeanträge möglich"	HV/HA = 2 x RS AL = 2,5 x RS + KdU+Mehrbedarf HV/HA Erwerbstätigkeit	HA=1,5xRS AL=2,5xRS+ 2RS für Kinder zzgl. Unterbringungskosten	HV/HA = 1,5 x RS und AL/HA = 2,0 x RS+ Mehrbedarf für Schwangere + angem.KdU; u.U. 20 %-ige Übersteigerung d. Netto; § 53 AO; Folgeanträge möglich

Abkürzungen:

AL: Alleinerziehende; angem.: angemessene; AO: Abgabenordnung; HA: Haushaltsangehörige/r; HV: Haushaltsvorstand; KdU: Kosten der Unterkunft/Unterbringung; RL: Regelleistung; RS: Regelsatz

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2023 nach Bundesländern

Durchschnittsbe- trag in Euro	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2014	983	1 380	605	557
2015	759	1 210	628	661
2016	802	1 109	595	687
2017	633	1 039	543	711
2018	628	1 142	679	800
2019	759	1 305	806	852
2020	860	1 161	768	1.025
2021	805	1 269	769	1.037
2022	815	1 390	922	1.162
2023	1.007	1.273	1.124	1.134

Durchschnittsbe- trag in Euro	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2014	450	537	689	535
2015	395	501	692	544
2016	381	483	595	589
2017	374	487	581	597
2018	428	526	684	722
2019	450	594	703	780
2020	480	705	772	911
2021	501	667	810	915
2022	501	752	776	928
2023	618	697	995	888

Durchschnittsbe- trag in Euro	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2014	545	565	819	801
2015	545	526	805	713
2016	470	486	829	538
2017	527	484	800	545
2018	560	501	813	588
2019	653	536	934	645
2020	625	583	945	706
2021	762	597	960	768
2022	764	670	1.241	805
2023	710	710	1.010	780

Durchschnittsbe- trag in Euro	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2014	779	595	519	746
2015	755	628	531	804
2016	713	622	465	778
2017	788	617	432	813
2018	860	691	481	843
2019	964	745	526	955
2020	976	814	634	977
2021	1.059	864	660	979
2022	1.283	935	685	1.326
2023	1.297	852	726	1.128

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2023 nach Bundesländern

Aufteilung der Beträge	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Bis 300 Euro	0 (0 %)	899 (8 %)	6 (0 %)	0 (0 %)
Bis 600 Euro	5 736 (49 %)	603 (5 %)	76 (1 %)	172 (10 %)
Bis 1 000 Euro	2 677 (23 %)	2 628 (23 %)	1 708 (30 %)	757 (45 %)
Bis 1 500 Euro	2 705 (23 %)	3 686 (33 %)	3 365 (58 %)	325 (20 %)
Über 1 500	578 (5 %)	3 546 (31 %)	603 (11 %)	419 (25 %)

Aufteilung der Beträge	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Bis 300 Euro	515 (27 %)	0 (0 %)	79 (1 %)	4 (0 %)
Bis 600 Euro	688 (36 %)	984 (26 %)	447 (6 %)	378 (16 %)
Bis 1 000 Euro	382 (20 %)	2 177 (57 %)	4 422 (59 %)	1 205 (49 %)
Bis 1 500 Euro	318 (16 %)	616 (16 %)	2 304 (31 %)	837 (34 %)
Über 1 500 Euro	12 (1 %)	24 (1 %)	247 (3 %)	23 (1 %)

Aufteilung der Beträge	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Bis 300 Euro	488 (4 %)	2 034 (7 %)	776 (20 %)	45 (3 %)
Bis 600 Euro	6 647 (53 %)	13 748 (46 %)	1 188 (30 %)	346 (24 %)
Bis 1 000 Euro	2 630 (21 %)	11 078 (37 %)	307 (8 %)	646 (45 %)
Bis 1 500 Euro	2 400 (19 %)	2 684 (9 %)	534 (14 %)	350 (25 %)
Über 1 500 Euro	358 (3 %)	236 (1 %)	1 117 (28 %)	42 (3 %)

Aufteilung der Beträge	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 300 Euro	26 (1 %)	4 (0 %)	244 (5 %)	35 (2 %)
Bis 600 Euro	434 (9 %)	1 332 (38 %)	2 013 (43 %)	324 (14 %)
Bis 1 000 Euro	1 221 (26 %)	991 (28 %)	2 089 (45 %)	809 (35 %)
Bis 1 500 Euro	1 429 (31 %)	1 182 (33 %)	284 (6 %)	733 (32 %)
Über 1 500 Euro	1 555 (33 %)	46 (1 %)	60 (1 %)	399 (17 %)

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	nein	ja

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	nein	ja	nein

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	1.050.658	nein	nein

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja (in Euro)/nein	nein	nein	nein	11.000

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja (in Euro)/nein	nein	nein	200.000	nein

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja (in Euro)/nein	nein	3.850	nein	33.239

VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland	7
Tabelle 2:	Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 3:	Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland	8
Tabelle 4:	entfallen.....	9
Tabelle 5:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	9
Tabelle 6:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 7:	Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen.....	10
Tabelle 8:	Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII.....	10
Tabelle 9:	Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland	11
Tabelle 10:	Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2023	11
Tabelle 11:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel	12
Tabelle 12:	Orientierungsrahmen	12
Tabelle 13:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt.....	12
Tabelle 14:	Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern....	17
Tabelle 15:	Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	18
Tabelle 16:	Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern.....	19
Tabelle 17:	Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern	20
Tabelle 18:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern	21
Tabelle 19:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern	22
Tabelle 20:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern	23
Tabelle 21:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern	24
Tabelle 22:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten,	25
Tabelle 23:	Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern	26
Tabelle 24:	entfallen.....	27
Tabelle 25:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2023 nach Bundesländern	27
Tabelle 26:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2023 nach Bundesländern.....	28
Tabelle 27:	Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern	29
Tabelle 28:	Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2023 nach Bundesländern	33
Tabelle 29:	Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2023 nach Bundesländern	34
Tabelle 30:	Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2023 nach Bundesländern	35
Tabelle 31:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern	36
Tabelle 32:	Orientierungsrahmen	36
Tabelle 33:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung	36